



Plenarprotokoll

139. Sitzung

Donnerstag, 26. Januar 2017

Gemeinsame Beratung

- a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Förderung von Mobilität und Innovation des Schienenpersonennahverkehrs im Land Schleswig-Holstein (Sondervermögen MOIN.SH) 11629
- Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4999 (neu)
- b) Schleswig-Holstein auf einem guten Weg zu mehr Bus und Bahn 11629

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/5000

Kai Vogel [SPD].....	11629
Johannes Callsen [CDU].....	11632
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11634,
11645	
Christopher Vogt [FDP].....	11636
Uli König [PIRATEN].....	11639
Flemming Meyer [SSW].....	11642
Oliver Kumbartzky [FDP].....	11644
Dr. Heiner Garg [FDP].....	11646
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	11646

Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4999 (neu) federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/5000.....	11650	Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Ralf Stegner (SPD), Martin Habersaat (SPD), Birgit Herdejürgen (SPD), Kirsten Eickhoff-Weber (SPD), Serpil Midyatli (SPD), Kai Vogel (SPD), Jürgen Weber (SPD), Beate Raudies (SPD), Tobias von Pein (SPD), Birte Pauls (SPD), Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Flemming Meyer (SSW), Jette Waldinger-Thiering (SSW) Drucksache 18/4287	
Gemeinsame Beratung		Antwort der Landesregierung Drucksache 18/5002	
a) Terrorismusbekämpfung verstärken - Bessere Überwachung und mehr Prävention und Deradikalisierung	11650	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	11663
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/5024		Martin Habersaat [SPD].....	11665
b) Terrorismusbekämpfung - Ausreisepflichtige Gefährder konsequent abschieben	11650	Volker Dornquast [CDU].....	11667
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/5034		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11668
c) Freiheitsrechte stärken, anlasslose Massenüberwachung stoppen	11650	Christopher Vogt [FDP].....	11670
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/5038		Uli König [PIRATEN].....	11672
Wolfgang Kubicki [FDP].....	11650, 11660	Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	11673
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	11651		
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	11653	Beschluss: Überweisung der Antwort Drucksache 18/5002 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....	11674
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	11655		
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11657		
Lars Harms [SSW].....	11659		
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	11662		
Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 18/5024, 18/5034 und 18/5038 an den Innen- und Rechtsausschuss.....	11663		
Stand und Entwicklung der staatlichen Fachhochschulen in Schleswig-Holstein	11663	Ergebnisse des Runden Tisches Heimerziehung auswerten - Hilfen für Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen weiterentwickeln	11674
		Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/5050	
		Peter Eichstädt [SPD].....	11674, 11682
		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	11676, 11684

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11677	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	11701
Anita Klahn [FDP].....	11678	Christopher Vogt [FDP].....	11702
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	11680, 11689	Hans-Jörn Arp [CDU].....	11704
Flemming Meyer [SSW].....	11681	Kai Vogel [SPD].....	11705
Birte Pauls [SPD].....	11683	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11706
Wolfgang Baasch [SPD].....	11683	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	11710
Birgit Herdejürgen [SPD].....	11684	Flemming Meyer [SSW].....	11712
Barbara Ostmeier [CDU].....	11685	Beschluss: Kenntnisnahme des Be- richts Drucksache 18/4920.....	11713
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	11686		
Bernd Heinemann [SPD].....	11688		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	11689		
Kristin Alheit, Ministerin für So- ziales, Gesundheit, Wissen- schaft und Gleichstellung.....	11690		
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 18/5050 in namentli- cher Abstimmung.....	11691		
Jakobskreuzkraut bekämpfen - Honigqualität sicherstellen	11691	Gemeinsame Beratung	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4687		a) Ergebnisse der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersu- chungen der Ministerien und der Staatskanzlei	11713
Bericht- und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses Drucksache 18/4907		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4812	
Hauke Göttisch [CDU], Berichter- statter.....	11692	b) Personalstruktur- und Personal- managementbericht 2016 des Landes Schleswig-Holstein (Be- richtsjahr 2015)	11713
Hauke Göttisch [CDU].....	11692	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4979	
Sandra Redmann [SPD].....	11693, 11698	Beschluss: Überweisung der Berichte Drucksachen 18/4812 und 18/4979 an den Wirtschaftsaus- schuss und mitberatend an den In- nen- und Rechtsausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	11713
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	11695	Arbeitszeiten und Arbeitsbelas- tungen von Lehrkräften	11713
Oliver Kumbartzky [FDP].....	11696	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/5004	
Flemming Meyer [SSW].....	11697	Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 18/5004 an den Bil- dungsausschuss zur abschließen- den Beratung.....	11713
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	11699	Bericht der Landesregierung zum Arbeitsprogramm der Europäi- schen Kommission für 2017	11713
Heiner Rickers [CDU].....	11700	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/5005	
Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4687.....	11701		
Bericht der Landesregierung zur festen Fehmarnbelt-Querung	11701		
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4920			

Beschluss: Kenntnisnahme des Be-
richts Drucksache 18/5005..... 11713

* * * *

**Sammeldrucksache über Vorlagen
gemäß § 63 Absatz 1 a der Ge-
schäftsordnung des Schleswig-Hol-
steinischen Landtags 11713**

Regierungsbank:

Drucksache 18/5076 (neu)
Beschluss: Annahme der Sammel-
drucksache 18/5076 (neu)..... 11714

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs-
bildung

Reden zu Protokoll

**Jakobskreuzkraut bekämpfen -
Honigqualität sicherstellen 11715**

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
Ministerpräsidenten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/4687

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundes-
angelegenheiten

Bericht und Beschlussempfehlung
des Umwelt- und Agrarausschusses
Drucksache 18/4907

Monika Heinold, Finanzministerin

Angelika Beer [PIRATEN]..... 11715

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-
beit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

(Heiner Rickers)

am Ende mit dem Jakobskreuzkraut Ihr blaues Wunder erleben, weil der Weg falsch ist.

(Beifall CDU - Sandra Redmann [SPD]: Auch das stimmt nicht!)

- Genau so ist es.

(Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt nicht! Das ist gelogen! Ja, es ist so: Es ist gelogen!)

- So, nun kann man in einer Generaldebatte natürlich für alles den Bauern die Schuld geben. Dann denken Sie mal nicht an die Bauern, denken Sie einmal an die Hobbyhalter von Rindern oder auch an Pferdeleute, die wirklich Probleme in den Regionen des Landes haben, wo großflächig immer noch Jakobskreuzkraut vor der Blüte nicht gemäht wird, ihr Futter zu erwerben oder ihre Tiere über Sommer vernünftig auf der Weide zu halten. Ich finde, auch da stehen Sie in der Verantwortung. Da müssten Sie kurzfristig vernünftig, praktikable Lösungen finden. Daran arbeiten Sie leider nicht mit.

(Sandra Redmann [SPD]: Nicht mit? Wir sind die Einzigen, die überhaupt arbeiten!)

Sie machen das lieber hochwissenschaftlich und pseudointellektuell über fünf Jahre. Das Ganze hat bald 1 Million € gekostet. - Herzlichen Glückwunsch, machen Sie weiter so, dann geht es garantiert schief! - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag mit der Drucksachenummer 18/4687 abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ignorieren wir nicht mal!)

Wer ist gegen die Ausschussempfehlung? - Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? - Das sind die PIRATEN. Damit ist dieser Ausschussempfehlung gefolgt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

Bericht der Landesregierung zur festen Fehmarnbelt-Querung

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4920

Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht liegt schon länger vor. Bevor wir uns mit dem Klein-klein des Planungsverfahrens befassen, möchte ich aus gegebenem Anlass noch einmal grundsätzlich die **Bedeutung** der geplanten **festen Fehmarnbelt-Querung** betonen, denn die gerät manchmal in Vergessenheit. Am Dienstagabend habe ich in der Landesvertretung Schleswig-Holsteins in Berlin gemeinsam mit dem dänischen Transportminister Olesen noch einmal dafür geworben. Das ist ein transeuropäisches Projekt. Es geht um „Connecting Europe“. Es geht um Achsen, die von Skandinavien bis Sizilien reichen. Dahinter steht die große Idee, dass Europa zusammenwächst, nicht zuletzt auch bei der Infrastruktur. Das bedeutet auch, dass Wirtschaft zusammenwächst, dass mehr Wertschöpfung entstehen kann.

Aber es gilt immer - auch im Tourismus, das haben wir durch Gutachten festgestellt -: Man muss diese Chancen auch nutzen. Ich glaube aber, dass gerade die Hanse-Belt-Region dafür prädestiniert ist. Dieser Blick über den Gartenzaun sollte manchmal helfen.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Christopher Vogt [FDP] - Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

Aber kommen wir zum aktuellen **Planungsverfahren**. Zunächst einmal der Hinweis darauf: Im Wirtschaftsausschuss vor Weihnachten habe ich ausführlich mit dem Kollegen Habeck zusammen darüber berichtet. Insofern gibt es viel Neues im Vergleich dazu nicht zu sagen. Ein kurzer Rückblick: Wir haben Ende Februar 2016 die Planänderungsunterlagen vom Vorhabenträger Femern A/S erhalten. Das Ganze ist dann auf Plausibilität und Vollständigkeit geprüft worden. Wir haben festgestellt, dass der Vorhabenträger erheblich nachbessern muss. Bis diese Unterlagen vorlagen - im Juli 2016 -, waren vier weitere Monate vergangen.

Dann haben wir die Auslegung der Planänderungsunterlagen vorgenommen. Wir haben dieses nach großer Abwägung zum Teil in den Sommerferien gemacht, weil wir deutlich machen wollten, dass

(Minister Reinhard Meyer)

wir keine Verzögerungen haben wollen. Wir haben im Ergebnis dieses Auslegungsverfahrens rund **12.600 Einwendungen** erhalten, die bis Ende August 2016 abgegeben werden konnten. Viele sind identisch, aber ich sage sehr deutlich: Jede einzelne Einwendung muss abgearbeitet werden.

Bekannt ist, dass zwei Träger öffentlicher Belange später geliefert haben. Das ist insofern wichtig, weil es um Umweltfragen geht, die nicht trivial sind: Europäische Wasserrahmenrichtlinie und geht es um die Schweinswale, die beim Fehmarnbelt eine Rolle spielen. Nun kommt es darauf an, dass der Vorhabenträger Femern A/S diese Unterlagen alle bearbeitet. Der dänische Verkehrsminister hat mir in dieser Woche noch einmal bestätigt, dass Femern A/S beabsichtigt, am 15. Februar 2017 die entsprechenden Unterlagen vorzulegen. Wir als Landesregierung begleiten das eng, soweit das geht; denn ich sage auch sehr deutlich: Die Unabhängigkeit der Planfeststellungsbehörde werden wir und müssen wir beachten. Die hat natürlich auch personell unsere nötige Unterstützung, damit dieses Projekt auch prioritär bearbeitet werden kann.

Wir werden die Unterlagen, wenn sie da sind, genau prüfen müssen, ob sie der Qualität entsprechen. Ich sage noch einmal sehr deutlich: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Wir wollen nicht, dass das Ganze am Ende vor Gericht scheitert. Ich werde aber - das habe ich dem Kollegen Olesen angekündigt - im März 2017 wieder in Kopenhagen sein und dann auch im Folketing und gegenüber den Abgeordneten in Dänemark den weiteren Gang der Dinge erläutern.

Wie geht es bei der **Hinterlandanbindung** weiter? - Wir kommen weiter bei der Schienenanbindung. Die DB AG hat das Ganze im Planungsverfahren in sieben Abschnitte eingeteilt. Herr Grube wird im Februar 2017 vor Ort sein und sich umfassend in der Region informieren. Wir haben ein Raumordnungsverfahren in der Vergangenheit gehabt, das - so glaube ich - ein gutes Ergebnis erzielt hat, um die Trasse möglichst weit aus den Bäderorten herauszuhalten.

Ähnliche Zeitabläufe gelten für den Ausbau der B 207. Auch hier hat die EU-Wasserrahmenrichtlinie für uns die Bedeutung, dass wir eine Planergänzung brauchen, weil neue Erkenntnisse auch aus dem Leipziger Urteil zur A 20 hier ganz wichtig sind.

Die Finanzierungsmittel des Bundes sind zugesagt worden. Es geht also nichts verloren. Wir sind bei der **Fehmarnsund-Querung** in guten Gesprächen

über alle Varianten, die immer noch im Spiel sind, einschließlich der Ertüchtigung der bestehenden Brücke.

Die nächste **Kommunalkonferenz** ist am 29. März 2017 auf Fehmarn geplant. Auch hier gilt unser Motto „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“, um die Projekte gerichtsfest realisieren zu können. Wir wollen auch Transparenz und Beteiligung hochhalten, um Akzeptanz für solch große Projekte zu gewinnen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst dem Kollegen Christopher Vogt von der FDP-Fraktion das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke für diesen Bericht, für dessen Erstellung die Landesregierung zwei Monate Zeit hatte. Das Ergebnis besticht durch - sagen wir einmal - erstaunlich große Übersichtlichkeit, um es einmal positiv auszudrücken. Der Bericht umfasst ganze zwei DIN-A4-Seiten. Nun neigen wir Norddeutsche generell nicht zur Geschwätzigkeit oder zu ausschweifenden Erklärungen - auch wenn es prominente Ausnahmen gibt -, aber Leidenschaft für dieses Projekt sieht wirklich anders aus. Aber sei es drum.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

- Immerhin der Kollege Dornquast besticht durch Leidenschaft. Das ist ja schon mal etwas.

(Heiterkeit)

Obwohl der Bericht erst zwei Monate alt beziehungsweise jung ist, ist er in Teilen bereits überholt.

Alle Beteiligten erinnern sich ja noch lebhaft an den erneuten Streit zwischen dem Verkehrsminister und dem Umweltminister Mitte Dezember des letzten Jahres, der wieder einmal den Ministerpräsidenten auf den Plan gerufen hat. Die angeblich geringfügige **Verzögerung** - das war die Wortwahl des Ministerpräsidenten -, die im Wesentlichen auf das verspätete Abliefern einer Stellungnahme durch das Umweltministerium zurückzuführen ist, kommt in diesem Bericht gar nicht vor. Wir könnten uns - ich wiederhole mich - als Opposition ja freuen, dass die Landesregierung bei diesem Projekt ständig in offe-

(Christopher Vogt)

nen Streit ausbricht und dass sie es in fünf Jahren nicht geschafft hat, eine gemeinsame Linie zu finden. Zu der erneuten Verzögerung mag man sagen, das sei ein Klacks: Ein paar Monate mehr, was macht das schon? Ich muss ganz ehrlich sagen: Dieser offene Streit, dieser Dilettantismus schadet unserem Bundesland. Deswegen freut mich das nicht, sondern ärgert mich das.

Herr Verkehrsminister, die Verzögerungen sind nicht nur ärgerlich. Jedes Mal, wenn so etwas kommt, heißt es: Das ist ärgerlich, auch ich ärgere mich darüber. - Das ist vermeidbar, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und CDU)

Es ist ja nicht so, dass man daran nichts ändern könnte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich glaube, das hat System bei denen!)

Minister Habeck hat im Dezember 2016 im Wirtschaftsausschuss, als die beiden Minister die erneute Verzögerung gemeinsam erklären mussten, ausgeführt, wie aufwendig solche Stellungnahmen seien und dass dies mit den vorhandenen personellen Ressourcen sehr schwierig sei. Das kann ich nachvollziehen.

Was ich jedoch nicht nachvollziehen kann, ist die Tatsache, dass die Landesregierung die **Planungskapazitäten** jahrelang sträflich vernachlässigt hat. Da kann man sich nicht nach fünf Jahren hinstellen und sagen: Das ging nicht anders, weil wir das Personal nicht haben. - Das ist Ihre originäre Zuständigkeit!

Wir haben immer darauf gedrängt, dass die Planungskapazitäten erhöht werden. Nun haben Sie uns vor wenigen Monaten erklärt, es solle neue Planer geben, es solle mehr Mittel für externe Planungen geben. Sie haben vor Kurzem drei Juristen in der Planfeststellungsbehörde dazu geholt. Nun sehen wir das Problem - vielleicht können Sie dazu noch einmal etwas sagen -, ob Sie für die neuen Planerstellen überhaupt jemanden finden, der sich darauf bewirbt und der dafür qualifiziert ist. Ich glaube, das wird ein großes Problem sein, weil die Menschen gar nicht wissen - durch die merkwürdige Autobahngesellschaft, die bis 2021 umgesetzt werden soll -, wo sie später arbeiten sollen. Insofern bringt das alles nichts. Die Ausreden werden leider immer schlechter.

Der Ministerpräsident hat vor Kurzem erklärt, bei der A 20 könne man nichts machen, auch wenn man da mehr Geld reingibt. Es fehlten einfach die

Menschen und die Bagger, um das schneller voranzubringen. Das hat die Bauindustrie zum Glück sofort zurückgewiesen, weil solche Erklärungen wirklich hanebüchen sind.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Menschen im Land sind nicht so dumm, wie Sie vielleicht meinen.

Ich finde es bedauerlich, dass eine Landesregierung, die sich selbst als nordeuropäische Regierung bezeichnet, dieses gemeinsame Projekt mit unseren dänischen Freunden so lustlos und dilettantisch bearbeitet.

(Beifall FDP und CDU)

Ich gehe davon aus, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Trauerspiel bei der Landtagswahl beendet. Wir müssen endlich die Chancen nutzen, die dieses Projekt mit sich bringt. Die Region soll maximal davon profitieren, schon während der Bauphase, aber ganz besonders nach der Eröffnung.

Ich möchte noch etwas zum Thema Bürgerbeteiligung sagen. Wir können heute im „sh:z“-Verlag lesen, dass Bundesverkehrsminister Dobrindt sagt, das **Planungsrecht** in Deutschland sei viel zu kompliziert und müsse reformiert werden. Er hat gefordert, man solle sich unter anderem am dänischen Modell orientieren, wo man ein Baugesetz beschließt und das maximal vorm Verfassungsgericht beklagt werden könnte. Minister Meyer hat gesagt, auch er findet das irgendwie gut, aber nur bei einigen Projekten.

Auch ich finde, dass die **Bürgerbeteiligung** überarbeitet werden muss. Wir sehen das jetzt. In Dänemark dauern die Planungen halb so lange. Man kann doch keinem vernünftigen Menschen erklären, warum das in Deutschland doppelt so lange dauern muss. Es gibt auf deutscher Seite rund 12.600 Einwendungen, viele sind einfach kopiert worden. Da kann man auch die Antworten einfach kopieren, das hält nicht länger auf. Viele Einwendungen wurden einfach nur verfasst, um das Projekt zu verzögern. Das kann es nicht sein. Bürgerbeteiligung muss doch das Projekt besser machen und die berechtigten Interessen der direkt betroffenen Menschen berücksichtigen.

Herr Minister, es ist schade, dass Sie fünf Jahre darüber gesprochen haben, es zu reformieren und Herr Dobrindt vier Jahre darüber gesprochen hat. Ich fürchte, Sie beide werden nicht mehr die Gelegenheit haben, dieses Versäumnis in den nächsten Jah-

(Christopher Vogt)

ren nachzuholen. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Hans-Jörn Arp das Wort.

(Unruhe)

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Meyer, wem galt eben das Bekenntnis zur Fehmarnbelt-Querung?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Tietze!)

Bei uns stößt das immer auf offene Ohren. Ich glaube, Sie haben mehr zu Ihrem Koalitionspartner und Ihren eigenen Genossen gesprochen, um denen vor den Parteitagen noch einmal zu sagen, wie wichtig die Fehmarnbelt-Querung ist.

(Beifall CDU und FDP)

Das haben wir schon als offenes Bekenntnis gehabt, bevor Sie hier Minister wurden. Die CDU - das sage ich auch im Namen der FDP -

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

steht uneingeschränkt zu dem Projekt.

(Heiterkeit und Zurufe)

Das Bekenntnis war an die eigenen Reihen gerichtet. Vielleicht schaffen Sie es morgen auf dem Parteitag, Ihre Genossen zu mobilisieren.

Einen Spruch können wir alle nicht mehr hören: Schnelligkeit vor - -

(Heiterkeit und Beifall)

- Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Bei uns wäre das: Gründlichkeit vor Stillstand. Wir haben fünf Jahre Stillstand erlebt. Sie haben in Ihrer Zeit nicht einen Meter planfestgestellt. Was zurzeit an Bundesmaßnahmen eingeweiht wird, sind alles Maßnahmen, die noch aus der Zeit von Schwarz-Gelb stammen, die alle von uns eingeleitet worden sind: die Störbrücke, die A 7. Sie lassen sich dafür feiern, haben aber nicht ein Stück davon auf die Schiene oder auf die Straße gebracht. Das ist alles zu unserer Zeit gekommen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Das mit der Gründlichkeit finden wir in Ordnung, aber die Langsamkeit ist durch nichts mehr zu überbieten.

Sie haben es geschafft, dass der Bund aufgrund Ihrer Langsamkeit - nicht der Gründlichkeit - jetzt selbst Verantwortung übernimmt. Die **Bundesautobahngesellschaft** - die mag die FDP mögen oder nicht, das ist auch ziemlich egal - ist nur deshalb gekommen, weil es Minister und Behörden gibt wie Ihre hier in Schleswig-Holstein, die nichts auf die Reihe bringen. Da hat der Bund gesagt: Das kann doch nicht angehen, wir machen einen Bundesverkehrswegeplan, wir stellen das Geld zur Verfügung - Millionen €-, und Länder wie Schleswig-Holstein kriegen nicht einen Meter allein zustande, also mache ich das in Zukunft als Bund selbst. Die Landesregierung hat dem ja auch zugestimmt.

Außerdem sagen Sie die ganze Zeit, Sie wollten das **Baurecht** ändern, Sie wollten an das Planungsrecht ran, das solle schneller gehen. Dobrindt hat Ihnen heute einen Vorschlag gemacht: Lass uns von Dänemark lernen, lass uns andere Gesetze schaffen, Möglichkeiten schaffen, das zu beschleunigen. Darüber sollten Sie heute oder morgen einmal mit Ihrem Kollegen reden und sagen: Dobrindt, Schleswig-Holstein schließt sich dieser Initiative als Erstes an. Wir könnten sogar eine gemeinsame Presse dazu machen, Herr Minister.

(Martin Habersaat [SPD]: Das klingt ja verlockend! - Weitere Zurufe SPD)

- Um zu zeigen: Wenn es um Schleswig-Holstein geht, sind wir Patrioten. Wir stehen dazu und können dann sogar mit Ihrem Minister gemeinsame Sache machen, wenn es zum Wohle dieses Landes ist.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Tolle Rede! - Unruhe)

Meine Damen und Herren, zum Ernst der Sache zurück. Sie sagen jetzt, bis Februar 2017 seien die 12.000 Einwendungen aus Dänemark zurück. Dann müssen sie alle bearbeitet und nachgeprüft werden.

Der Ministerpräsident hat gesagt, es gehe bei dem großen Projekt nur um eine **Verzögerung** von einem halben Jahr. Das stimmt nicht. Es geht um eine längere Verzögerung. Denn Sie wissen genauso gut wie ich, dass Sie mit dem ehemaligen Verkehrsminister Schmidt abgemacht haben, dass Sie Ende 2017 Baureife haben. Das haben Sie auch dem dänischen Parlament so erzählt. Eingedenk der Zeit von zwei Jahren Klage bis Leipzig ist bis 2019 Planfeststellung in Schleswig-Holstein hergestellt. Darauf haben die gebaut. Daraufhin haben die ihre

(Hans-Jörn Arp)

Ausschreibungen gemacht, daraufhin haben die ihre Verhandlungen geführt, daraufhin haben die sich mit den **Konsortien** geeinigt. Die haben ihre Verträge gekriegt und die haben sich an eine **Auftragserteilung** spätestens am 31. Dezember 2019 gebunden. Das ist die Basis. - Wenn sie aber erst 2018 mit der Planfeststellung kommen, haben Sie das Problem, dass die Frist bis zur Entscheidung von Leipzig nicht ausreicht. Sie werden bis 2019 nicht hinkommen. Die Dänen und die Konsortien werden dann ihre Preise nicht halten können.

Einer der größten Aufträge ist nach Schleswig-Holstein und Bayern gegangen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: 3,1 Milliarden €!)

- Ja, über 3 Milliarden € allein an die Firma Bögl. Denen müssen Sie dann erklären, dass sie den Auftrag deswegen nicht mehr kriegen, weil wir nicht schnell genug planfestgestellt haben. Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Es geht hier nicht um ein halbes Jahr.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ist so!)

Ähnlich wie bei der A 20 haben Sie **Fristen** beim **Lärmgutachten** und **Verkehrsgutachten**. Diese Fristen sind dann abgelaufen, und Sie müssen in ein neues Verfahren gehen, das wieder zwei Vegetationsperioden dauert, bis sich das Ergebnis herausstellt. Ich befürchte, dass wir darüber reden werden, wenn Sie beide leider nicht mehr hier sind. Daran müssen Sie sich gewöhnen. Wir werden in Ihrer Abwesenheit darüber diskutieren, warum sich die Maßnahmen nicht um ein halbes Jahr, sondern schlimmstenfalls um zweieinhalb Jahre verlängern.

Ich weiß nicht, was die Dänen dann von uns halten. Ich habe die Dänen beim IHK-Empfang getroffen und kann Ihnen sagen: Fröhliche Menschen sehen anders aus. Dänen sind an sich fröhliche Menschen, aber dort waren sie ziemlich entsetzt und verunsichert. Sorgen Sie dafür, dass schnell Sicherheit besteht und nennen Sie ehrliche Zeiträume, auf die man sich verlassen kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Kollege Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Vogt: Schimpfen auf die Landesregierung können Sie gut. Ich billige Ih-

nen zu, dass Sie von Erziehung nicht ganz so viel verstehen wie ich, weil meine Kinder deutlich älter als ihre sind.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Es mag ja sein, dass es noch mehr werden. Unabhängig davon, ob eines, zwei oder drei: Schimpfen rein zum Selbstzweck verpufft total, das werden Sie im Umgang mit Ihrem Kind noch bemerken. Schimpfen macht nur dann Sinn, wenn es eine Grundlage gibt.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ihre Rede hat gezeigt, dass Sie in keiner Weise eine Grundlage haben.

(Serpil Midyatli [SPD]: Stimmt!)

Zu Herrn Arp: Ich weiß, dass Ihnen das Mantra „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ ein wenig auf die Nerven geht. Sie haben selbst auf die A 20 verwiesen. Wenn Sie bei der Planung der A 20 gründlich gewesen wären, wären wir dort deutlich weiter.

(Beifall SPD)

Bei der festen Fehmarnbelt-Querung auf Gründlichkeit zu beharren, wo Sie - warum auch immer - überhaupt nicht im Kopf hatten, dass man bei der **Sund-Querung** etwas bei dem Brückenbauwerk unternehmen muss, zeugt wahrlich nicht davon, dass Sie gründlich geplant hätten.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das hat damit überhaupt nichts zu tun! Das hat mit der Maßnahme nichts zu tun!)

- Es tut mir leid, Herr Arp.

(Beifall SPD - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU]: Nicht in das Planungsverfahren, das wissen Sie auch!)

- Wenn für die Maßnahme der festen Fehmarnbelt-Querung die Sund-Querung in keiner Weise mit eingeplant werden soll, rate ich Ihnen, fahren Sie die Strecke einmal: Sie müssen irgendwo über die Brücke.

Herr Minister, vielen Dank für den Bericht. Auch wenn bei dem Thema ehrlicherweise niemand so ganz genau weiß, wann wir dieses **Infrastrukturprojekt** nutzen können, können wir uns sicher sein, dass dieses Thema garantiert auch in der kommenden Legislaturperiode eine große Rolle spielen wird.

Ich weiß, dass es hier im Haus sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Notwendigkeit dieser festen Querung gibt. Die Vorstellung aber, gerade in einer schwierigen Zeit der Europäischen Union

(Kai Vogel)

die beiden Länder Deutschland und Dänemark näher aneinander zu bringen, stößt hier auf breite Zustimmung.

Ich kann mich noch genau daran erinnern, wie ich in den 80er-Jahren bewusst das erste Mal mit meinen Eltern mit dem Campingwagen nach Kopenhagen gefahren bin. Morgens um 6 Uhr hatten wir auf der Fähre von Puttgarden nach Rødby einen Termin zugewiesen bekommen. Wir mussten in der Nacht losfahren. Kilometerlange Staus hatten zu diesem Zeitfenster geführt, dass einem damals zugebilligt wurde. Von da an hat sich mir fest im Kopf eingepägt: Wer von Flensburg nach Dänemark will, hat einen ganz kurzen Weg, aber wer von Puttgarden nach Rødby will, muss einen wirklich weiten Weg zurücklegen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist durchaus richtig!)

Angesichts dessen steht die feste Fehmarnbelt-Querung als Symbol dafür, dass wir zwei Länder deutlich dichter zueinander bringen wollen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Was Pünktlichkeit und Schnelligkeit sowie garantierte Wetterunabhängigkeit angeht, ist die feste Fehmarnbelt-Querung einfach unschlagbar. Auch die **Chancen für die Region** auf beiden Seiten sind nicht zu unterschätzen. Gerade hat eine Studie ergeben, dass die Tourismuszahlen von neuen, schnellen Verbindungen profitieren werden. Die Betriebe müssen die Zeit nutzen, sich darauf einzustellen und vorzubereiten.

Ich kenne beispielsweise ein Hotel in Bad Bramstedt, das heute schon fast ausnahmslos von dänischen Bürgerinnen und Bürgern besucht und genutzt wird, weil diese das breite kulturelle Angebot und die Einkaufsmöglichkeiten in Hamburg und im Hamburger Rand sehr schätzen. Diese Nachfrage nach deutlich mehr Übernachtungen kann sich auch sicherlich an der Strecke von Puttgarden bis Barsbüttel einstellen. Man muss sich nur darauf vorbereiten.

Bei kaum einem Infrastrukturprojekt zeigen sich die **unterschiedlichen Interessen** so fundamental wie bei der festen Fehmarnbelt-Querung. Ein Infrastrukturprojekt dieses Umfangs, das Schiene, Straße und Wasserstraße umfasst, ist wohl einmalig. Es ist eben ein Jahrhundertprojekt.

Bereits in den 90er-Jahren gab es die ersten Planungsvorstellungen. 1999 hat sich die rot-grüne Landesregierung in einem Kabinettsbeschluss für die feste Querung ausgesprochen. 2008 kam dann

der Staatsvertrag unter Bundesverkehrsminister Tiefensee. Die Zahl von 12.600 Eingaben hat vermutlich niemanden begeistert. Diese Zahl zeigt aber auch, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich einbringen wollen und welche Bedeutung das Projekt für sie hat. Wer hier Planungsabschlüsse im Halbjahrestakt erwartet, Herr Arp, für den sind Akzeptanz der Bevölkerung und ökologische Bedenken ohne jeglichen Wert.

Mit dem **Dialogforum** haben wir dagegen Maßstäbe für eine breite Bürgerbeteiligung gesetzt. Befürworter und Bedenkenräger wurden gehört. Dass man sich nicht immer einig ist, ist verständlich, doch Stück für Stück konnte an einem akzeptierten Kompromiss gearbeitet werden.

Ich hoffe, dass nach Abarbeitung der Einwände und der Entscheidung über die Sund-Querung endlich mit dem Bau gestartet werden kann. Von heute aus betrachtet ist bis 2028 noch jede Menge Zeit. Wir werden diese Zeit nutzen, damit ein ökologisch vertretbares und in der breiten Bevölkerung akzeptiertes Infrastrukturbauwerk entsteht. Dann ist die feste Fehmarnbelt-Querung ein Gewinn für unsere ganze Region. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was soll man zu dieser Debatte noch sagen?

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Wie bei der A 20 entwickeln sich bei diesem Thema Mantren, die hier gebetsmühlenartig vorgetragen werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Das stimmt!)

Anscheinend hat Herr Arp schon um 16:45 Uhr eine Presseerklärung herausgegeben, bevor der Minister seinen Bericht überhaupt gehalten hatte. Haben Sie schon gewusst, was der Minister sagen würde?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das stand im Pressespiegel!)

- Ja, aber freundlicherweise wartet man ab. Vielleicht sagt er ja auch neue Dinge.

(Dr. Andreas Tietze)

(Unruhe und Heiterkeit CDU)

Viele reden derzeit über „postfaktisch“. Bei Ihnen gibt es auch „präfaktisch“: Sie wissen vorher schon, was der Minister sagen wird.

(Heiterkeit SPD - Zurufe Hans-Jörn Arp [CDU] und Volker Dornquast [CDU])

Ich glaube, die CDU hat heute keinen guten Tag, wenn wir mal überlegen, was heute von Ihnen an Politikvorstellungen geäußert wurde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Jetzt kommen wir zu den Kollegen Vogt und Arp. Sie haben ja über die **12.600 Einwendungen** gesprochen. Ihnen geht das alles nicht schnell genug.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Können wir mal über das Thema reden? - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie sagen, das seien alles Ökospinner.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein, gerade nicht!
- Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sagen wir nicht!)

Die seien alle von uns ferngesteuert, wir gingen da hin und sagten: Bitte, hier noch ein Einwendung. Copy and Paste, die hätten das voneinander abgeschrieben.

(Christopher Vogt [FDP]: Hallo? Postfaktisch?)

- Ihre Aussage war despektierlich. Das kann man ja gar nicht ernst nehmen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das habe ich nicht gesagt! Was erzählst du denn da!)

- Ja, was sind das denn für Leute? Das sind so Ökospinner wie Hauseigentümer und konservative Landwirte. Dann gibt es noch ganz besonders schlimme Ökospinner: die Gemeinden, die an der Strecke liegen und fürchten, dass es an ihre Wertschöpfung geht. Weiter sind es Unternehmer und Unternehmerinnen, die Hotels haben. - Ihrer Meinung nach alles Spinner.

(Unruhe - Wolfgang Kubicki [FDP]: Du hast das falsche Hörgerät!)

Es wird sehr schön deutlich, dass Sie alles, was berechtigterweise vorgeschlagen wird, ablehnen und als Ökospinnerei abtun. Dann sagen Sie doch einmal, welche rechtlichen Vorschriften Sie zurücknehmen wollen?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Es gibt hier nur einen Spinner!)

Antworten Sie doch einmal auf diese Frage!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Dr. Tietze, Sie hätten die Antwort hören können, wenn Sie meiner Rede zugehört hätten.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Es gibt hier die Möglichkeit, dass man die Redner befragen kann. Dass man das Publikum befragen kann, gibt es leider noch nicht als Möglichkeit. Vielleicht sollten wir das noch einführen.

Herr Dr. Tietze, in allem Ernst: Ich finde es langsam wirklich

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unanständig!)

schwierig, dass Sie sagen, ja, der Herr Arp hält hier postfaktische Reden -

Präfaktisch habe ich gesagt!

- das auch noch! -, und dann erzählen Sie die ganze Zeit, was ich angeblich erzählt hätte, was aber mit der Realität überhaupt nicht zusammenpasst.

(Beifall FDP)

Sie sagen, ich hätte Leute als Spinner bezeichnet und sonst etwas. Herr Dr. Tietze, ich glaube - Sie haben Herrn Arp ja dafür kritisiert, dass er seine Rede schon so früh als Pressemitteilung herausgegeben hat -, dass Sie in Ihrer Rede bereits aufgeschrieben haben, was ich angeblich erzähle. Nun ist das Problem aber: Ich habe gar nicht erzählt, was Sie mir gerade vorgeworfen haben.

- Herr Kollege Vogt, wir können das gern im Protokoll noch einmal nachlesen. Sie haben in diesem Hohen Haus hier gesagt, dass diese 12.600 Einwendungen alle von Leuten kommen, die das über Copy and Paste kopiert haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein!)

(Dr. Andreas Tietze)

- Ja, Sie haben gefragt: Warum sind das denn so viele? - Ich habe aus Ihrem Wortbeitrag herausgehört und interpretiert, dass Sie die einzelnen Einwendungen nicht wirklich ernst nehmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Interpretiert! Unglaublich!)

Damit sind Sie Teil des Problems und nicht Teil der Lösung.

Denn das war genau das, Herr Kubicki, was in Bad Segeberg passiert ist. Da hat man kurz vor der Landtagswahl mit Frau Dr. Zieschang gesagt: Jetzt aber schnell die A 20 mal durchplanen!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich!)

Und in dieser Situation hat man gesagt: Egal, ob da Gemeinden noch Einwendungen haben, wir planen, und wir bestimmen, wo es lang geht. Und mit dieser Einstellung, „Wir bestimmen, wo es lang geht“, kurz vor der Landtagswahl - das können Sie in dem Urteil nachlesen -, sind Sie krachend auf die Schnauze gefallen. - Entschuldigung. Ich entschuldige mich für dieses Wort.

Wenn Sie das hier in diesem Haus bestreiten, dann können wir das gern noch einmal nachlesen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Aber tun Sie bitte nicht so, als wenn Sie hier die Unschuldslämmer wären, und zeigen Sie nicht mit Fingern auf Leute, obwohl Sie genau wissen, das fällt auch auf Ihre Füße zurück. Darum möchte ich Sie herzlich bitten.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Dann möchte ich noch gern etwas zum Thema Studien zum **Tourismus** sagen. Frau Lauritzen hat die Tourismusstudie des N.I.T. vorgestellt. Ich zitiere noch einmal - mit Verlaub, Frau Präsidentin -:

„Die Studie zeigt, dass die feste Fehmarnbelt-Querung für den Tourismus in der Region Licht und Schatten bringt. Allein der Tunnel bringt für den Tourismus kaum Effekte.“

- Frau Lauritzen, zuständig für den Tourismus an der Ostküste, gestern im „Flensburg Avis“: Es werden massive Einschränkungen in Flensburg und in der nördlichen Region für den Tourismus durch das befürchtet, was möglicherweise durch die Fehmarnbelt-Querung droht.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Entschuldigung, dann muss man das doch auch einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass Ihre Bilanz immer nur den einen Aspekt berücksichtigt, nämlich: Wir brauchen diese Brücke!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Tun wir auch!)

Ihre Bilanz beinhaltet nicht eine gesamtwirtschaftliche Bewertung aller Fakten. Das wollen Sie nicht hören, das ist Ihnen egal.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie wollen das bauen. Ja, dann sagen Sie das auch den Leuten, und gehen Sie in den Wahlkampf rein - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Meyer möchte das doch auch bauen!)

- Ja, das ist doch egal. Sie haben das hier doch gesagt. Ich rede nicht über den Minister, sondern ich rede über Sie.

Ich will noch sagen: Entschuldigen Sie, aber wenn Sie jetzt an dem Thema so vehement versuchen, den Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik herauszuarbeiten, dann erklären Sie den Leuten vor Ort das auch. Sagen Sie auch: 14.000 Spinner, 12.600 Spinner - -

(Christopher Vogt [FDP]: Sie bezeichnen sie als Spinner!)

- Entschuldigen Sie, Sie haben für mich gesagt: Wieso gibt es eigentlich in Deutschland 12.600 Einwendungen und in Dänemark nur 100? Da ist doch irgendetwas in Deutschland schiefgelaufen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Kollegen Kubicki?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Bitte schön.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Also, ich möchte mich jetzt nicht über die Interpretationsversuche von Ihnen unterhalten, Herr Dr. Tietze. Aber das, was Sie hier jetzt gerade erklären, ist schon eigenartig. Sie sind Teil der Landesregierung, und die Landesregierung hat offiziell erklärt, sie wolle den Fehmarnbelt-Tunnel. Oder habe ich das falsch verstanden?

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Und der gehören Sie doch an, natürlich nicht Sie persönlich, aber Ihre Fraktion, Sie gehören zur regierungstragenden Fraktion. Der Minister hat uns gerade erklärt, wie wichtig das alles für Schleswig-Holstein und darüber hinaus ist, und Sie kommen jetzt und machen uns hier Vorwürfe, warum wir die Fragestellung in den Raum stellen, warum Dänemark schneller arbeiten kann als wir? Ich höre hier von Herrn Dr. Breyer - der kommt ja gleich auch noch -, Dänemark sei kein Rechtsstaat, weil die Verfahren da irgendwie anders ablaufen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

- Das haben Sie gerade erzählt. Sie haben gerade rübergerufen - -

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ich habe gesagt: Wir sind ein Rechtsstaat!)

- Ja, und Dänemark nicht, denn da geht es schneller.

Ich verstehe momentan Ihre Einwände nicht. Ich habe wirklich viel Verständnis dafür, dass Sie Listenparteitag haben und sich deshalb jetzt profilieren müssen. Aber uns gegenüber mit wirklich falschen Erklärungen zu arbeiten, das können wir Ihnen und werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Kubicki, darf ich Ihnen antworten? - Sie haben in jeder Landtagsdebatte auf die mangelnden Planungskapazitäten kapriziert

(Christopher Vogt [FDP]: Zu Recht!)

- Ja, wenn Sie darauf kaprizieren, dann müssen Sie aber auch sagen, dass wir Unterlagen von Fehmern A/S bekommen haben, die mangelhaft sind. Auch das ist eine erwiesene Tatsache. Sie sind so mangelhaft, dass viele Planungskapazitäten eingesetzt werden mussten, um deren Job zu machen, damit wir vor Gericht nicht scheitern. Denn sie kennen das deutsche Umweltrecht nicht genug, das war in ihren Entwürfen nicht genug berücksichtigt. Da musste richtig nachgearbeitet werden. Verstehen Sie das unter einer fairen Zusammenarbeit zwischen zwei Ländern, dass wir sozusagen deren Fehler ausbügeln? Das ist die erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung: Wenn Sie jetzt sagen, Sie wollten etwas ändern, damit es in Deutschland schneller geht, dann müssen Sie doch einmal konkret sagen, wie. Sie sind ja Jurist. Wollen Sie Instanzen einsparen? Wollen Sie Sondergesetze machen? Wollen Sie das Verbandsklagerecht abschaffen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir können das gar nicht abschaffen!)

Welche rechtlichen Möglichkeiten schlagen Sie denn konkret vor, wenn es um Hauseigentümer geht, die Bedenken haben, wenn es um Führunternehmen geht, die sich in ihrer Wirtschaftlichkeit und Wertschöpfung eingeschränkt fühlen und sagen, wir klagen vor dem EuGH wegen Wettbewerbsrecht?

(Christopher Vogt [FDP]: Sie müssen einmal zuhören, Herr Kollege!)

Welche Rechte wollen Sie einschränken? Sie sind der Jurist. Dann sagen Sie doch einmal: Wie würde ein Wolfgang Kubicki hier einmal richtig durchgreifen, damit das schneller geht? Was würden Sie machen?

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Vogt, jetzt wollen wir mal - -

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich antworte gern darauf. Ich helfe Ihnen da gern weiter.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

- Ich würde genauso verfahren, wie es die Landesregierung bei der Kanalbrücke in Rendsburg gemacht hat. Da haben Sie zugestimmt, dass durch ein Gesetz des Bundes schlicht und ergreifend der Instanzenweg verkürzt worden ist, oder nicht?

- Lieber Herr Kubicki!

- Genau so würde ich das machen, zum Beispiel.

- Ja, mit dem kleinen Unterschied, dass die geplante Brücke ein Ersatzbauwerk für eine Brücke ist, die jetzt schon steht. Es geht nicht um Hunderte von Menschen, die dort Anwohner sind und sagen: Ich bin gegen diese Maßnahme, sie durchschneidet die Natur! Denn das ist ein Ersatzbauwerk. Es ist ein

(Dr. Andreas Tietze)

Unterschied, ob ich ein Bauwerk ersetze oder ob ich ein komplettes Neuvorhaben plane.

- Deshalb müssen Sie auch ein Gesetz schaffen, weil es in dem normalen Verfahren nicht möglich ist, den Instanzenzug zu verkürzen und innerhalb der zwölf Jahre überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen. Also erzählen Sie hier doch nicht so einen Unsinn.

- Wer macht denn dieses Gesetz Ihrer Meinung nach? Herr Kubicki, wer macht denn dieses Gesetz?

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

So, jetzt schlage ich einmal geschäftsleitend etwas vor.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bei den Verkehrsprojekten „Deutsche Einheit“ ist es ein Gesetz der deutschen Bundesregierung gewesen und nicht eines des Landes Schleswig-Holstein. Es geht bei der Fehmarnbelt-Querung um eine Fernverbindung und nicht um eine Landesstraße oder eine Kreisstraße.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber hat die Landesregierung im Bundesrat das beantragt?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, ich schlage Ihnen vor, sich vielleicht noch einmal zu einem Dreiminutenbeitrag zu melden. Ab jetzt fährt Herr Tietze die letzten 30 Sekunden mit seiner Rede fort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mein Gott, ist das grausam!)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, das ist überhaupt nicht grausam, das ist die Frage, um die Sie sich hier ständig herumdrücken.

(Christopher Vogt [FDP]: Überhaupt nicht! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben Sie das im Bundesrat beantragt?)

- Sie versuchen, hier ein politisches Motiv in den Vordergrund zu stellen und verstecken das hinter einer Rechtsdebatte, für die Sie sich allzuständig fühlen. Niemand anders hat hier in Rechtssachen Ahnung außer Herrn Kubicki! - Das ist Ihre Botenschaft in diesem Haus: alles Idioten, ich schlau, alle

anderen doof. - Mit dieser Art von Rechtspolitik habe ich meine Probleme.

(Zurufe FDP)

Ich sage Ihnen, lieber Herr Kubicki, es wird noch Jahrzehnte dauern, bis wir dort eine Brücke haben, weil diese Einwendungen, diese 12.600 Einwendungen - das hat der Minister in seinem Bericht sehr deutlich gesagt -, sehr gründlich abgearbeitet werden müssen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, achten Sie auf Ihre Redezeit?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich achte auf meine Zeit, Frau Präsidentin. - Ich sage nur: Die Fakten gehören hier auf den Tisch, und das Postfaktische sollten wir woanders lassen und nicht in die deutschen Parlamente bringen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir PIRATEN kämpfen für Mitbestimmung der Bürger, für Transparenz und für Bürgerrechte. Dieses Mammutprojekt der festen Fehmarnbelt-Querung hat mit alledem nichts zu tun.

Thema **Mitbestimmung**: Über die Köpfe der betroffenen Bürger hinweg wurde das Projekt, der Staatsvertrag, hinter geschlossenen Türen ausverhandelt. Ein Feigenblatt-Dialogforum, wo man nur über das Wie des Projektes sprechen kann, ist kein Ersatz für eine echte Mitbestimmung darüber, ob man das Projekt überhaupt braucht oder nicht.

Auf der zweistündigen Jubiläumsjubiläumveranstaltung zum Bestehen des Dialogforums sind die kritischen Bürger gerade einmal etwa zehn Minuten lang zu Wort gekommen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das zeigt schon, welchen Stellenwert man ihnen beimisst. - Ich war dabei, Herr Arp.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ich war auch dabei!)

(Dr. Patrick Breyer)

Selbst im **Planungsverfahren** hatten die Bürger gerade einmal vier Wochen Zeit, um sich durch 26 Aktenordner zu kämpfen. So etwas von den Bürgern zu verlangen, während die Behörden mehr Zeit haben, wo für die Erstellung Monate gebraucht wurde, ist - mit Verlaub - etwas Unmögliches, was da von den Bürgern verlangt wird. Sie haben die Frist für Einwendungen in Planfeststellungsverfahren sogar noch verkürzt. Das heißt, Rot-Grün-Blau ist für weniger Bürgerbeteiligung und nicht für mehr.

Ich kann nur sagen: Wenn jetzt die Rede davon ist, noch weiter, noch schneller, also noch weniger Beteiligung, werden Sie auf entschiedenen Widerstand von uns PIRATEN stoßen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Oh! und Christopher Vogt [FDP])

Wie sollen es die Bürger eigentlich verstehen, wenn sich während des Anhörungstermins der Chef des Landesverkehrsbetriebes auf die Seite neben den Vertreter der Projektgesellschaft setzt und nicht neben seine Beamte, Herr Minister? Was ist das eigentlich für ein Signal an die vielen Menschen, an die 12.600 Bürger, die Einwendungen gegen dieses Projekt haben?

Ich möchte den Bürgern, die sich engagieren, ausdrücklich unsere Anerkennung als PIRATEN aussprechen. Nur wann ziehen Sie endlich politische Konsequenzen aus diesem Protest, Herr Meyer? Es sind doch immer mehr Einwendungen geworden!

Sagt Ihnen das überhaupt nichts?

(Kai Vogel [SPD]: Welchen Respekt haben Sie gezeigt, als Sie eine halbe Stunde zu spät zu der Veranstaltung gekommen sind?)

- Thema **Transparenz**, Herr Kollege Vogel, um bei der Sache zu bleiben! Dieses Projekt wurde von Anfang an mit augenscheinlich schöngerechneten und unseriösen Zahlen untermauert und auch gegen den Rat des Bundesrechnungshofs beschlossen. Kostensteigerungen von über 100 % und immer wieder über den Haufen geworfene Zeitpläne lassen die Bürger doch am Staat zweifeln. Das **Kosten-Nutzen-Verhältnis** dieses Projektes ist so verheerend, dass es nach dem regulären Verfahren im Bundesverkehrswegeplan nicht einmal den Bau einer Umgehungsstraße rechtfertigen würde. So ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis hat sonst kein Projekt. Es hätte keine Finanzierung aus dem regulären Verkehrshaushalt bekommen.

Man sollte nicht von Fehmarnbelt-Querung sprechen, sondern von einer „Fehmarn-Geldleerung“,

weil den Bürgern das Geld aus der Tasche gezogen wird und dem Land Mittel und Planer geklaut werden, die für wichtige Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein fehlen.

Die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und einzelne Vertreter der SPD reden in der Region gern gegen dieses Megaprojekt. In Wahrheit unterstützen sie es aber, wenn es um die Anbindung dieses Projektes geht. Ihre Landesregierung hat die Hinterlandanbindung zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Das heißt, Sie haben doch in Wahrheit den Widerstand dagegen längst aufgegeben. Ihre Regierung treibt das Projekt aktiv voran. Wie der Zeitung zu entnehmen war, Frau Heinold und Herr Habeck, geht es nur noch darum, störende Hindernisse auf dem Weg in eine rot-grüne oder schwarz-grüne Koalition aus dem Weg zu räumen.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Den Widerstand gegen dieses Projekt haben Sie längst aufgegeben.

Eine Neuverhandlung des Staatsvertrages wird abgelehnt, obwohl der zugrundeliegende **Kostenrahmen**, der Zeitplan und der Trassenverlauf - alle! - längst obsolet sind. Nichts von dem, was dem Projekt zugrunde gelegen hat, stimmt mehr. Das Projekt trotzdem so durchdrücken zu wollen, droht zum Desaster für die Region, für die Umwelt und für die Steuerzahler zu werden.

Tourismus ist doch die Haupteinnahmequelle für die Region. Er wird aber jahrelang geschädigt. Man kann bei diesem Projekt also auch von einer „Fehmarnbelt-Leerung“ reden.

Zum Stichwort Bürgerrechte: Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass beim Fehmarnbelt-Tunnel anlasslos bis 180 Tage lang der komplette Verkehr videoüberwacht werden soll und alle Kennzeichen eingescannt werden? Für uns PIRATEN ist eine solche Massenüberwachung unbescholtener Autofahrer völlig inakzeptabel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie müssen nicht drüberfahren!)

Deswegen kann ich nur sagen: Solange die Erforderlichkeit solcher Megaprojekte nicht transparent und ergebnisoffen mit den Bürgern diskutiert

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Erkennen Sie eigentlich auch etwas anderes als transparent?)

und gegebenenfalls per Volksentscheid abgestimmt wird, solange wird das öffentliche Vertrauen in die Kompetenz der Politik nicht wiederherzustellen

(Dr. Patrick Breyer)

sein. Wir PIRATEN sagen: Schluss mit Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg, Schluss mit immer neuen und geschönten Zahlen, mit Lärm und mit Tourismusschädigung, mit unumkehrbaren Umwelteingriffen, mit explodierenden Kostenschätzungen und Bauzeitverzögerungen!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Die feste Fehmarnbelt-Querung darf nicht zum Fiasko für die Region, für das Land und nicht zuletzt für den Steuerzahler werden. Deswegen fordern wir einen Stopp für dieses Projekt. Dafür muss diese Landesregierung eintreten. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat nun der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Über den Bau der festen Fehmarnbelt-Querung gibt es einen **Vertrag zwischen Dänemark und Deutschland**, zwei gleichberechtigte Partner, die einen Staatsvertrag ausgehandelt und ratifiziert haben. Beide Seiten haben sich damit verpflichtet, jeweils ihren Teil zur Umsetzung dieses transeuropäischen Verkehrs Großprojekts beizutragen. Es stellt sich also nicht die Frage nach dem Ob, sondern nach dem Wie und vor allem nach dem Wann.

(Volker Dornquast [CDU]: Genau!)

Wir wissen, dass von dänischer Seite weitestgehend alles in trockenen Tüchern ist und die dänische Regierung und Femern A/S bereit sind, die Maschinen anzuwerfen. Dort ist man sich durchaus bewusst, dass es in beiden Ländern unterschiedliche Planungs- und Beteiligungsprozesse gibt, aber jede Verzögerung kostet bares Geld. Angesichts der Tatsache, dass Dänemark den Tunnel allein finanziert, ist das Interesse dort natürlich groß, dass das Projekt so zeitnah wie möglich umgesetzt wird.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Daher ist es nachvollziehbar, dass Meldungen über weitere Verzögerungen bei der dänischen Regierung nicht unbedingt Freude hervorrufen.

Die **gesetzlichen Grundlagen für Infrastrukturvorhaben** sind auf beiden Seiten aber unterschiedlich. Auch in Dänemark hat es ein Anhörungsverfahren zum Bau des Fehmarnbelt-Tunnels gegeben. Dort hat es aber erheblich weniger Stellungnahmen von Behörden, Unternehmen und Bürgern als bei uns gegeben. Der Bericht der Landesregierung beziffert die Zahl der Einwendungen und Stellungnahmen auf deutscher Seite final auf 12.600. Wir setzen hier auf eine intensive **Beteiligung der Träger öffentlicher Belange**, der Naturschutzverbände und der Betroffenen. Die Verfahren bei uns sind umfangreicher, weil sie breiter angelegt sind, und das kostet dann natürlich auch Zeit. Deshalb ist es wichtig, dass die notwendigen Personalressourcen vorhanden sind, damit die Planfeststellungs- und Anhörungsbehörde die entsprechenden Erörterungen und Beschlussfassungen zügig umsetzen kann. Die Landesregierung hat hier gehandelt und die Behörde um drei Juristen verstärkt.

Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir hier im Landtag darüber debattieren, wie große Infrastrukturmaßnahmen zügiger geplant werden können, um sie schneller der Baureife zuführen zu können. Aber wie lassen sich **Planungsverfahren** vereinfachen, um damit die Planungszeiten zu verkürzen? Auf welche Art und welchen Umfang der Beteiligung soll denn verzichtet werden, oder inwieweit sollen Einspruchsmöglichkeiten beschnitten werden? Auch wenn es manchmal schwer auszuhalten ist, dass Beteiligungsverfahren und Einsprüche immer wieder zu Verzögerungen führen, wissen wir doch, dass sie ihren Zweck erfüllen. Es können Nachbesserungen vorgenommen werden. Damit lassen sich bereits im Vorfeld Probleme ausräumen, was wiederum zu mehr **Akzeptanz für Großprojekte** in der Bevölkerung führt.

Klar ist aber auch, dass es immer wieder Teile der Bevölkerung trifft, die durch die Umsetzung von Großprojekten Einschränkungen erfahren. Das ist unvermeidbar. Aber dort, wo es sich vermeiden lässt, und dort, wo es auf breiten Widerstand stößt, muss die Politik dies entsprechend berücksichtigen.

Ein wichtiges Instrument, als zusätzliche Form der Beteiligung, ist das **Dialogforum**. Es wurde seinerzeit eingerichtet, um einen transparenten Meinungs- und Informationsaustausch zu ermöglichen. Es gibt Befürwortern sowie Gegnern die Möglichkeit, sich bereits im Vorfeld und außerhalb der Planungs- und Genehmigungsverfahren mit dem Projekt einer festen Fehmarnbelt-Querung auseinanderzusetzen. Diese Entscheidung war gut so. Deshalb wurde das Dialogforum fortgeführt. Es ist ein öffentliches und

(Flemming Meyer)

transparentes Forum, in dem alle Aspekte des geplanten Fehmarnbelt-Tunnels und der Schienen- und Straßenhinterlandanbindung diskutiert werden. Es ist nämlich unheimlich wichtig, die Bevölkerung vor Ort bei diesem Projekt früh und umfangreich einzubinden. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung. Wenn ich der Debatte richtig gefolgt bin, ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, wir nähern uns dem Ende dieser Tagung und kommen zu den Tagesordnungspunkten 38 und 43:

Gemeinsame Beratung

a) Ergebnisse der Ablauf- und Aufbauorganisationsuntersuchungen der Ministerien und der Staatskanzlei

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4812

b) Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2016 des Landes Schleswig-Holstein (Berichtsjahr 2015)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4979

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, die Berichte der Landesregierung mit den eben genannten Drucksachennummern dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wirtschaftsausschuss?)

- Nicht? Sie möchten, dass er nur an den Wirtschaftsausschuss oder mitberatend an den Wirtschaftsausschuss überwiesen wird?

(Zurufe)

- Ich schlage Folgendes vor: Wir überweisen den Bericht federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss. Sie werden sich sicherlich einig. Wer dem so folgen möchte, den bitte ich um das Handzei-

chen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 45 auf:

Arbeitszeiten und Arbeitsbelastungen von Lehrkräften

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/5004

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist auch dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf:

Bericht der Landesregierung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2017

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/5005

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen Kenntnisnahme des Berichts vor. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch dies haben wir einstimmig so miteinander beschlossen.

Abschließend kommen wir zur Sammeldrucksache. Ich rufe auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/5076 (neu)

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache mit der Drucksachenummer 18/5076 (neu). Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. Das ist offenbar auch nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthal-